

Der Gewerksverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Wierteljährlicher Abonnementspreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,66 Mk.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerksvereine
(Ersch.-Bund).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsanz. 15 Pfg., Familienanz. 10 Pfg.,
Vereinsanz. 10 Pfg., Arbeitsmarkt gratis.
Reaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 17.

Berlin, Sonnabend, 20. Juni 1908.

Wierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

An unsere Leser! — Die preussischen Landtagswahlen.
— Bierzehnter Delegiertentag des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter. — Ein Mahnwort an die Eisenbahn-Handwerker und Arbeiter Deutschlands. — Allgemeine Rundschau. — Gewerksvereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

An unsere Leser!

Die schweren Kämpfe, die unsere Organisation nach allen Seiten zu führen hat, machen es unseren Freunden zur Pflicht, mit allen Kräften für die Verbreitung des „Gewerksverein“ zur sorgen. Nur

ein starkes Heer

von aufgeklärten Streibern kann unseren Ideen zum Siege verhelfen. Deshalb laßt keine Vereinsfestung vorübergehen, ohne zum Abonnement auf das Verbandsorgan aufgefordert zu haben!

Wer hilft mit,

auf diese Weise unserer guten Sache die Wege ebnen? Derjenige, der die meisten Abonnenten wirbt, ehrt sich selbst und nützt unseren Bestrebungen. Darum

Freiwillige vor!

Werbt Abonnenten!

Die preussischen Landtagswahlen.

Der Kampf ist zu Ende, die Entscheidung gefallen. Abgesehen vom 12. Berliner Landtagswahlkreise, wo erst noch Stichwahl zwischen einem Sozialdemokraten und einem freisinnigen Volksparteiler stattzufinden hat, sind die Abgeordneten gewählt. Die Konservativen, die im letzten Landtage durch 144 Abgeordnete vertreten waren, ziehen jetzt in einer Stärke von 151 Mann ein, haben also 7 Sitze gewonnen. Die Freikonservativen haben 4 Sitze verloren und werden durch 60 Abgeordnete vertreten sein. Das Zentrum hatte 96 Mandate und gewann 9, so daß es jetzt über 105 Stimmen verfügt. Die Nationalliberalen haben von den bisherigen 76 Sitzen 12 verloren, haben also noch 64. Die Zahl der Sitze der freisinnigen Volkspartei ist von 24 auf 28 gestiegen, die der freisinnigen Vereinigung von 9 auf 8 gesunken. Die Polen haben 5 Abgeordnete durchgebracht, d. h. 2 mehr als das vorige Mal, die Dänen haben ihre 2 Sitze behauptet, und die Zahl der „Wilden“ oder Fraktionslosen ist von 5 auf 3 gesunken. Die Sozialdemokraten, die im preussischen Abgeordnetenhaus bisher überhaupt noch nicht vertreten waren, haben 6 Sitze erobert. Von dem Ausfall der Stichwahl in Berlin 12 hängt es ab, ob sie oder die freisinnige Volkspartei mit einem Mandat mehr im Abgeordnetenhaus vertreten sein werden.

Bei einem klüchtigen Ueberblick könnte man von einem Erfolg der entscheidenden Linken sprechen, da diese insgesamt 10 Mandate gewonnen hat. Indessen das wäre Selbsttäuschung. Denn im ganzen genommen ist das preussische Abgeordnetenhaus genau so reaktionär geblieben, wie es war. Die Gewinne der Freisinnigen und Sozialdemokraten werden zum Teil wieder weitgemacht durch die Verluste der Nationalliberalen, während die Konservativen und das Zentrum sogar noch gestärkt aus dem Wahlkampf hervorgegangen sind.

Allerdings eine konservative Mehrheit mit den Freikonservativen ist nicht zustande gekommen. Trotzdem wird der Kampf gegen die Reaktion nach wie vor ein ungemein schwerer werden, und es ist tief zu bedauern, daß gerade unter denjenigen Parteien, die in erster Linie diesen Kampf zu führen haben, kein besseres Einvernehmen bei den Wahlen erzielt werden konnte.

Doch daran ist jetzt nichts mehr zu ändern. Ob es für die Zukunft besser werden wird? Nach den gemachten Erfahrungen möchten wir es fast bezweifeln.

Die Sozialdemokratie zieht zum ersten Male in die preussische Volksvertretung — man verzeihe uns diesen Ausdruck — ein. Wir haben niemals Zweifel darüber gelassen, daß wir es für eine schreiende Ungerechtigkeit halten, daß die an Zahl stärkste Partei Preußens im Parlamente überhaupt nicht vertreten war. Auch jetzt kann von einer angemessenen Vertretung nicht die Rede sein, ebensowenig wie bei den freisinnigen Parteien, da die Städte bei der Wahlkreiseinteilung gegenüber den ländlichen Bezirken stark benachteiligt sind und überdies das elendste aller Wahlsysteme einer gerechten Vertretung hindern im Wege steht. Wird aber der neue Landtag hier Wandel schaffen? Nun und nimmer. Abgesehen davon, daß bei einer Reform des Landtagswahlrechts neben dem Abgeordnetenhaus auch noch andere Faktoren, die preussische Regierung und das Herrenhaus, ein Wort mitzusprechen haben, bürgt auch die jetzige Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses selbst leider dafür, daß eine wirklich gründliche Reform für absehbare Zeit ausgeschlossen ist. Die Einführung des Reichstagswahlrechtes in Preußen ist bedauerlicherweise auch nicht um einen Schritt näher gerückt. Das darf nicht erlahmend wirken, muß im Gegenteil ein Ansporn sein, nach wir vor mit aller Entschiedenheit für diese Forderung einzutreten und zu kämpfen.

Wir dürfen es uns versagen, heute nochmals die Reformbedürftigkeit des preussischen Wahlrechts hinzuwiesen. Seine Schwächen haben sich auch diesmal mit aller Deutlichkeit gezeigt. Die Dreiklassenwahl hat die widersinnigsten Situationen geschaffen; durch die indirekte Wahl ist es hier und da möglich geworden, daß Abgeordnete gewählt wurden, die nach der Zahl ihrer Wahlmänner an dritter Stelle standen, also in Wirklichkeit nur das Vertrauen einer kleinen Minderheit genießen. Und welcher Mißbrauch ist erst mit der Dessenlichkeit der Wahl getrieben worden! Die üppigsten Blüten hat der Terrorismus getrieben. Reaktionäre und Sozialdemokraten haben um die Palme gerungen, und die Entscheidung dürfte schwer zu treffen sein, wem der Preis gebührt.

Die Aussichten auf Besserung in dieser Beziehung sind, wie gesagt, leider recht schlecht. Aber auch sonst ist vom neuen preussischen Landtage nicht viel Gutes zu erwarten. Er wird nach wie vor allen Fortschritten namentlich auch auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge ein Hemmnis sein und vielmehr allen denjenigen eine Stütze und einen Rückhalt bieten, die für Einschränkung der Rechte und Einengung der Bewegungsfreiheit der Arbeiter eintreten. Deshalb bedeutet auch die Niederlage unseres Kollegen Goldschmidt nicht nur für die Deutschen Gewerksvereine, sondern für die Arbeiterschaft überhaupt einen schweren Schlag. Er hat es während seiner zehnjährigen parlamentarischen Tätigkeit verstanden, in entschiedener und wirkungs-

voller Weise die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen. Das haben selbst Leute und Organisationen zugeben müssen, die den Gewerksvereinen und dem Kollegen Goldschmidt keineswegs freundlich, ja direkt feindlich gegenüberstehen. Deshalb sprechen wir den lebhaften Wunsch aus, daß es recht bald gelingen möge, unserem Vorherrscher wieder zu einem Mandat für das Abgeordnetenhaus zu verhelfen.

Alles in allem: Wir haben keine Ursache, uns über den Wahlausfall zu freuen; denn in Preußen bleibt zunächst alles beim Alten. Das aber ist um so schlimmer, als die Zustände in dem größten deutschen Bundesstaate vielfach vorbildlich sind für die übrigen. Um die freibeiwillige Entwicklung also ist es damit herzlich schlecht bestellt. Die Wünsche der Arbeiter finden keine oder doch viel zu wenig Berücksichtigung. Wenn das anders werden soll, dann müssen die deutschen Arbeiter sich mehr Geltung zu verschaffen suchen; sie müssen die Parteien und die Regierung zwingen, ihnen Gehör zu schenken. Das aber kann nur geschehen, wenn die Arbeiter geschlossen und einzig in starken Organisationen zusammengefaßt sind. Aber auch das ist nur möglich auf parteipolitisch unabhängigem Boden, wie es die Deutschen Gewerksvereine stets gelehrt haben. Deshalb wird nur eine Stärkung und allgemeine Anerkennung der Gewerksvereine und ihrer Grundzüge eine Wandlung zum Besseren in Preußen und damit in Deutschland herbeiführen. Immer und immer wieder muß darum den Arbeitern zugerufen werden: **Sin ein in die Deutschen Gewerksvereine!**

Bierzehnter Delegiertentag des Gewerksvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter.

(Fortsetzung statt Schluß.)

Ueber die Frage des allgemeinen Arbeiterschutzes sprach Müsleitner. Berlin. Redner wandte sich gegen die gewerksmäßige Kinderarbeit unter 14 Jahren und verlangte eine viel schärfere Aufsicht durch die Gewerbebeamten. Das Erziehungsalter für Jugendliche ist von 16 auf 18 Jahre zu erhöhen. Die Arbeiterschutzesetzgebung leidet überhaupt darunter, daß zu viele Ausnahmen vorgesehen sind. An der teilweisen Verrohung der heutigen Jugend sind in erster Linie Arbeitgeber und Staat schuld, die dem Arbeiter nicht diejenigen Rechte geben, deren er bedarf, um selbst gebildet genug zu sein und dann auch die Kinder richtig erziehen zu können. Die Wirksamkeit der Gewerbeinspektion leidet darunter, daß trotz anderer Vorschriften die Revisionen der Fabriken vielfach vorher angemeldet werden. Die Unfallverhütungsvorschriften werden in den Fabriken nur sehr mangelhaft erfüllt. Den weiblichen Arbeitern muß mehr Schutz zuteil werden. Eine Vereinfachung der Versicherungsgesetze ist mit allem Nachdruck anzustreben, aber mit dem Vorbehalt freier Mitwirkung der Arbeiter wie bisher.

Der vierte Referent, Gleichauf, sprach über die zu fordernden gesetzgeberischen Maßnahmen, von denen heute keine einzige genüge, wenn nicht starke Organisationen zu ihrer Durchführung dahinter stehen. Gegenüber dem zu m. h.igen Verbänden organisierten Unternehmertum bedeute der einzelne Arbeiter gar nichts. Ebenso wie die Gesetzgebung für Kranke, unfallverletzte und invalide Arbeiter tätig war, müsse sie auch dafür sorgen, daß Maßnahmen getroffen werden, die es den Organisationen der Arbeiter ermöglichen, ihre berechtigten Forderungen zur Geltung bringen zu können. Die großen Syndikate der Unternehmer mit ihrer Kapitalbildung verhindern heute

Die Arbeiter an einer wirksamen Vertretung ihrer Interessen. Der Staat unterstützt heute die Interessen der Unternehmer, wenn Staatsarbeiter, Feuerwehrlente usw. zur Ausführung von Arbeiten im öffentlichen Interesse herangezogen werden, sobald die Arbeiter betreffende Betriebe im Streit stehen. Unter Hinweis auf die geschichtliche Entwicklung verlangt Fiedner die Anerkennung eines Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter am Produktionsprozess. Erst durch wirtschaftliche Freiheit könne die politische Freiheit für die Arbeiter erreicht werden. Die Abhängigkeit vom Unternehmertum hindere heute noch zahlreiche Arbeiter an der Betätigung der politischen Freiheit. Arbeiterausschüsse müssen gesetzlich geschützt und Werksausschüsse gebildet werden, um die Arbeitsverhältnisse mit den Unternehmern zu regeln. Ein Arbeitsrecht sei notwendig, um geordnete, gleichberechtigte Verhältnisse zu schaffen. Die Forderungen der Arbeiter müssen so gestellt sein, daß Staat und Gesellschaft klar wissen, was die Arbeiter wollen. So wie es den Gewerksvereinen möglich war, die gesamte Arbeiterbewegung zur Anerkennung der prinzipiellen Gewerksvereinsgrundsätze zu bringen, ebenso wird die Zeit kommen, wo die Arbeiter einsehen werden, daß eine Organisation unabhängig von Partei- und Kirchenpolitik sein müsse. Die sogenannten Wohlfahrtsvereine der Arbeitgeber erhöhen vielfach die Abhängigkeit des Arbeiters. Die Zeit ist erst und der Augenblick scheint da zu sein, daß der Gewerksverein laut und deutlich sagen muß, was vom heutigen Staat zu fordern ist.

Eine umfassende Debatte folgte den Referaten. Es wurden dann zum Programm noch folgende Forderungen gut geheißen:

Arbeiterbesch.

1. Befreiung der gewerblichen Arbeit von Kindern unter 14 Jahren in jeder Form.
2. Ausdehnung des Schutzes für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen von 16 auf 18 Jahre und ausreichende Garantien, daß bei der Arbeit Jugendlichen keinerlei Geschlechts die vollständige körperliche, geistige und sittliche Ausbildung nicht beeinträchtigt wird.
3. Gründliche Durchführung von Schutzvorrichtungen an Maschinen aller Art und aller notwendigen Maßnahmen zum Schutze für Leben und Gesundheit der Arbeiter, Verbesserung der in den Betrieben vorhandenen Einrichtungen zur ersten Hilfeleistung bei Unfällen.
4. Vermehrung der Gewerbeaufsichtsbeamten, besonders auch durch Fernziehung praktischer Arbeiter und würdiger Personen sowie von Ärzten. Erweiterung der Befugnisse der Gewerbeaufsichtsbeamten.
5. Vereinfachung der Arbeiterversicherungsregeln und deren Umgestaltung im Sinne einer dem Geist der Gesetze entsprechenden humaneren Form.
6. Ausdehnung der Arbeiterversicherungs- und Arbeiterbeschutzes auf das Kleinergewerbe, die Haus- und Heimindustrie. Unterstellung der Heimarbeit unter die Gewerbeaufsicht.
7. Fortentwicklung des gesetzlichen Arbeiterschutzes und der Sozialpolitik womöglich durch internationale gesetzliche Regelung.

Gesetzgeberische Maßnahmen.

1. Obligatorische Einführung von Schlichtsgerichten und Einigungsämtern an allen Plätzen, an denen eine größere industrielle oder gewerbliche Bevölkerung vorhanden ist. Einführung der Befugnis zum Verhandlungszwang.
2. Errichtung von Arbeiterkammern, die nicht nur die gewerblichen und industriellen, sondern auch die staatlichen Betriebe des betreffenden Kammerbezirks umfassen.
3. Gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine unter Wahrung völliger Bewegungsfreiheit und Streikung des § 153 der Reichsgewerbeordnung. Sicherung des Koalitionsrechtes.
4. Gesetzliche Sicherung und Anerkennung kollektiver Tarifverträge.
5. Obligatorische Einführung des Verhältniswahlsystems für alle Wahlen von Arbeitervertretungen.
6. Unterstellung der Werkstättenkassen unter das Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung und Sicherung der Rechte der diesen Kassen angehörenden Arbeiter bei Wechsel der Arbeitstätte. Mitbestimmungsrecht der Arbeiter bei der Verwaltung dieser Kassen.
7. Gesetzliche Regelung des Mietverhältnisses für die den Unternehmern gehörenden Arbeiterwohnungen, namentlich Befreiung der beim Wechsel des Arbeitsverhältnisses vielfach zutage tretenden Härten.

Die Durchführung dieser Forderungen soll erreicht werden durch festen Zusammenschluß aller gleichgesinnten Berufsarbeiter und Arbeiterinnen im Gewerksverein auf der in der Einleitung bezeichneten Grundlage.

Entsprechend dem Referate **Leichnauß** nahm der Delegiertentag noch folgende Resolution an:

Die freie, private Produktion, die wir prinzipiell billigen, hat Verhältnisse geschaffen, die dringend der Aenderung bedürfen.

Die Aenderung hat nach folgenden Gesichtspunkten zu geschehen:

Die Reichsregierung hat auf verfassungsmäßigem Wege, unter gütlicher Mitwirkung von Vertretern aller Industriellen- und Arbeiterorganisationen, ein Arbeitsrecht zu schaffen.

Dieses Arbeitsrecht hat genaue Vorschriften über Erziehung, Rechte und Schutz von Werkskommissionen zu enthalten, die in allen Betrieben, die 50 und mehr Arbeiter beschäftigen, vorhanden sein müssen.

Die Werkskommissionen, in denen Unternehmer, Beamte und Arbeiter vertreten sind, bestimmen und regeln: Wert-

ordnung, Entlohnungssystem, Arbeitsverteilung und Rechte zwischen Unternehmern, Beamten und Arbeitern.

Diese Werkskommissionen unteruchen und entscheiden entstehende Beschwerden und bestimmen zugleich, unter welchen Grund s ä ß e n notwendig werdende Arbeiterentlassungen vorgenommen werden.

Das Arbeitsrecht soll weiter bestimmen, wie aus solchen Werkskommissionen für größere Bezirke paritätische Vertretungen gemeinsamer Interessen aufzubauen sind, deren Spitze für die Arbeiter in Arbeiterkammern enden würde.

Der Zweck eines solchen Arbeitsrechtes wäre, zu verhindern, daß bei der bestehenden freien privaten Produktionsweise ein einziger Mann, ein Syndikat oder eine Arbeitgebervereinigung über die Erfindung tausender Arbeiter willkürlich bestimmen kann. Wer innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ernsthaft für die Gleichberechtigung der Arbeiter eintritt, muß für ein solches Arbeitsrecht sein.

Ohne daß die bestehende Lebermacht von Kapital und Unternehmertum dem Arbeiter gegenüber gesetzlich eingeschränkt wird, vermögen die Arbeiter nicht zu ihrem Recht zu kommen.

Die gesunden Arbeiter verlangen Gleichberechtigung, und die Erlangung derselben erhofft der 14. Delegiertentag für die deutschen Arbeiter durch die Schaffung eines Arbeitsrechtes.

(Schluß folgt.)

Ein Mahnwort an die Eisenbahn-Sandwerker und -Arbeiter Deutschlands.

Wir Eisenbahner müssen uns ebenso wie die übrigen Arbeiter organisieren, um auf gesetzlichem Wege unsere Wünsche und Rechte geltend zu machen. Wir können dies nur in einer Organisation, welche den heutigen modernen und durchaus notwendigen Anforderungen auch der Eisenbahner entspricht. Wir dürfen uns aber nicht vor einen parteipolitischen oder religiös-eigentlichen Wagen spannen lassen, sondern müssen nach jeder Seite hin unabhängig die geistige Hebung und wirtschaftliche Besserstellung der Eisenbahn-Sandwerker und -Arbeiter als unser höchstes Ideal betrachten. In religiösen Dingen müssen wir jedem Toleranz entgegenbringen; in parteipolitischen Angelegenheiten sind wir völlig frei, erachten es jedoch als eine Notwendigkeit, unsere Mitglieder an die Ausübung ihrer Staatsbürgerpflichten bei Wahlen usw. zu mahnen und als Grundlage ihrer Entscheidungen das Programm der Deutschen Gewerksvereine zu betrachten. Nur dadurch wird es möglich sein, ein reges Interesse der Mitglieder auch für die Organisation wahrzunehmen und zu erhalten. Wir sind auch eine nationale Organisation und halten fest an dem Grundsatz: Die Deutschen Gewerksvereine stehen auf dem Boden der heutigen Staats- und Wirtschaftsverordnung. Von diesen Anschauungen geleitet und überzeugt von der Notwendigkeit einer Eisenbahner-Organisation auf dieser Grundlage, gingen wir an die Gründung des ersten Ortsvereins zu Gleiwitz in Ober-Schlesien. Bei dem Interesse, welches sich im ganzen Reich für unsere Vereinigung gezeigt hat, darf wohl auf eine baldige Ausbreitung derselben gerechnet werden.

Nun ist es allerdings verständlich, wenn einzelne Gewerksvereine oder doch deren Generalkräte unserer Gründung zunächst skeptisch, einzelne Personen sogar ablehnend gegenüber standen. Beschränkten sie doch einen Abgang von Eisenbahnern aus ihren Gewerksvereinen; jedoch hat es nur weniger Wochen bedurft, um diese Bedenken zu zerstreuen. Wir könnten mit Recht auf den starken Abgang von Eisenbahnern in den letzten Jahren aus unserer Gesamtorganisation hinweisen, und wenn wir nach der Ursache dieses Abganges forschen, so liegt dieselbe sehr nahe. In erster Linie waren es die allerdings notwendigen Erhöhungen der Beiträge einzelner Gewerksvereine. Die Eisenbahner glauben, und vielleicht nicht mit Unrecht, daß sie die Unterstütlungseinrichtungen nicht in dem Maße beanspruchen, wie es bei den in der Privatindustrie beschäftigten Arbeitern der Fall ist. Andererseits bestand aber auch der lebhafteste Wunsch, eine eigene Interessenvertretung zu schaffen. Auch von dem Trierer Verband ist stets betont worden, daß die Vertretung der Eisenbahner-Interessen die ureigenste Sache der Eisenbahner selbst sei. Dabei muß allerdings anerkannt und festgesetzt werden, daß die Gewerksvereine die Interessen der Eisenbahner schon zu einer Zeit vertreten haben, als an einen Trierer Verband noch nicht zu denken war. Trotzdem haben wir einem dringenden Wunsch der Eisenbahner Rechnung getragen und mit der Begründung eines besonderen Eisenbahner-Gewerksvereins unseren Gegnern ein beliebtes Agitationsmittel gegen uns aus der Hand genommen. Aus allen diesen Gründen erwarten wir, daß alle früheren Gewerksvereinskollegen wieder zu uns eilen und der alten Fahne, die sie nur ungern verlassen hatten, wieder Treue geloben werden.

Indessen mit der Gründung des Gewerksvereins allein ist nur wenig erreicht. Wir müssen uns auch einer größeren Organisation anschließen. Um das Interesse der Mitglieder stets wachzuhalten, dürfen wir uns nicht nur mit den eigentlichen Berufsfragen der Eisenbahner beschäftigen. Vielmehr muß das gesamte wirtschaftliche Leben in den Bereich unserer Betrachtungen und Beratungen gezogen werden.

Blicken wir einmal um uns in unserer bewegten Zeit! Die Nahrungsmittel und notwendigsten Gebrauchsgegenstände ebenso wie die Wohnungsmieten steigen fortwährend in Preise und sind kaum noch erschwinglich. Auf der anderen Seite sind die Forderungen und Wünsche, die die Eisenbahner bezüglich einer Besserstellung hegte haben, nicht erfüllt worden. Dazu müssen auch die Eisenbahner Stellung nehmen, ebenso zu anderen Gesetzesvorlagen, die von Einfluss auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse sind. Das heißt keineswegs Politik treiben. Aber an den sozialpolitischen Begebenheiten achtlos vorübergehen dürfen wir nicht. Insbesondere wenn wir mit unserer Stellungnahme etwas erreichen wollen, so ist das nur möglich, wenn wir Rückhalt und Unterstützung bei einer großen und starken Organisation finden.

Woher rühren denn die Vorwürfe, die dem Vorstande des Trierer Verbandes gemacht werden, daß er für die Mitglieder nichts erreicht habe? Sie kommen daher, daß er jede Stellungnahme zu öffentlichen Fragen und jede Anregung seitens der Mitglieder ablehnte mit der Begründung: Politik wird nicht getrieben! Was aber ist die weitere Folge? Ein Teil der Mitglieder des Trierer Verbandes hat aus diesen Gründen seinem Delegiertentag den Antrag auf Anschluß an die christlichen Gewerksvereine unterbreitet. Auch hier bricht sich die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Anschlusses an eine größere Gemeinschaft Bahn. Allerdings wählt man einen völlig verkehrten Weg. Denn, wie schon oben angeführt wurde, nur auf neutralem Boden, in einer Organisation, die politisch und religiös frei und unabhängig ist, können dauernde wirtschaftliche Vorteile für die Arbeiter und ganz besonders für die Eisenbahn-Arbeiter und -Sandwerker erzielt werden.

Wenn wir aber diese Voraussetzungen als richtig anerkennen, dann kann es für den denkenden Arbeiter nur einen Weg geben und das ist der Anschluß an die Deutschen Gewerksvereine, die seit 40 Jahren, unbekümmert um alle Angriffe von rechts und links, die Fahne der Neutralität hochgehalten haben. Sie haben aber auch durch die Tat bewiesen, daß es ihnen Ernst ist um die Hebung unserer Lage. Bei jeder Gelegenheit hat der Vorsitzende des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Karl Goldschmidt, im Preussischen Abgeordnetenhaus unsere Interessen wirksam und geschickt vertreten. Reiner ist so entschieden für die Einführung der neunfünftel Arbeitszeit und die Bewilligung eines Sommerurlaubes eingetreten wie er, wofür ihm alle Eisenbahner Dank wissen. Selbst die im Trierer Verbande organisierten Kollegen haben das anerkennen müssen, wie ein an den Kollegen Goldschmidt gerichtetes Dankschreiben des Verbandes vorstehenden Wols beweist. Auch zahlreiche andere Eisenbahner haben durch besondere Zuschriften dem Kollegen Goldschmidt ihre Dankbarkeit zu erkennen gegeben.

So wird auch für die Zukunft dafür gesorgt werden, daß im Reichstage und in den Parlamenten der Einzelstaaten sachkundige Vertreter unserer Angelegenheiten wirken. Denn bei aller Anerkennung desjenigen, was bereits in den letzten Jahren zugunsten der Eisenbahner geschaffen worden ist, müssen angesichts der herrschenden Ernährungsverhältnisse noch weitere Verbesserungen eingeführt werden. Nur dadurch wird es auch möglich, der starken Fluktuation unter den Eisenbahnern abzuwehren und damit eine größere Fertigkeit und Zuverlässigkeit bei der Arbeit selbst zu gewährleisten.

Von der Gründung einer Kranken-Unterstützungskasse haben wir vorläufig Abstand genommen, da es eine alte Erfahrung ist — und der Trierer Verband kann davon ein Beispiel fügen —, daß die Eisenbahner in dieser Hinsicht große Anforderungen stellen, denen nur eine Kasse mit großem Vermögen gerecht werden kann. Ueberdies existieren ja die Kaiserliche Kasse und andere Hilfskrankenkassen.

Den wöchentlichen Beitrag haben wir auf 15 Pf. festgesetzt und gewähren dafür ein Sterbegeld bis zu 75 Mk. und eine Lebensbedelungsbeihilfe bis zu 40 Mk. Außerdem erhalten die Mitglieder Rechtschutz und Vertretung in allen Fragen des Arbeits- und Dienstverhältnisses im Sinne der kaiserlichen Botschaft vom Februar 1890.

Das sind in kurzen Zügen unsere Ziele und Zwecke. Durchdringen von der hohen Bedeutung unserer Bestrebungen rufen wir alle Verbandsgenossen zur eifrigen Mitarbeit auf. Wirkt und werbet für unseren Verein und dadurch auch für den Verband der Deutschen Gewerksvereine!

Gerhard Böhm, Gleiwitz, Barbarastr. 56, Vorsitzender des Ortsvereins der Eisenbahner.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 19. Juni 1908.

Der dreife Eingriff in das Koalitionsrecht der Verband bayerischer Metallindustrieller erlaubt hat, beschäftigt noch immer lebhaft die Öffentlichkeit. Der Vorstand des genannten Verbandes hat seinen

Beschluß Kundgebungen d habe, der der Frag ung des Mini des Bayer des bayer gehen bel so wäre. durch die fabrik An und Tech leit zu habe. D Angestell teigte der eins der Stelle b rechnisch- i hat. Die weis daf das auf hynzugeh dazu bei, macher a Daß sich ausß Denn in veränder gänglich. sein Verch das schro hält.

Die uß-Lade Wittwoch Mo 14 geben, ih zu unterl habeninh forderung Mitteilun beinbild. gewöhlt, für oder werden l den Bete Die Vadenstchl fimmend fragt we größere A machen, Vadenstchl anlassen. im allger Das frük griffen. und den fürgerer s Verbands unferer l bei denen für den l Wir wol das Mitt gutes W rachten wi und Ung bieten, ur Vadenstchl

Eine nach einer genommen iger Ori Preissteig sonders d gehen den gende Lei lin, Eben obacht 1 Berlin s Münch: Vertueer lich; in l seit März und wa 1,10 Mar und 1,40 der Aufsti fteigerung und Butt Süddeutse zu einer ligen Gefchrängung Troy alle

Beschluß dahin abgeändert, daß, obgleich das berichtigte Rundschreiben auf einer reiflichen Prüfung der Tendenzen der einzelnen Angehörten-Verbände beruht habe, der Vorstand doch noch einmal in eine Prüfung der Frage eintreten wolle und bis zu deren Erledigung den Mitgliedern einen Ausschub im Vollzug des Rundschreibens empfehle.

Das klingt beinahe so, als wenn der Vorstand des bayerischen Metallindustriellen-Verbandes sein Vorgehen bedauerte. Wir würden uns freuen, wenn es so wäre. Indessen das Bedauern käme zu spät, denn durch die Presse geht eine Notiz, daß die Maschinenfabrik Augsburg (München) bereits 20 Ingenieuren und Technikern zum 1. Juli wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer „mischlichen“ Organisation gekündigt habe. Dadurch ist die Erregung in den beteiligten Angestellten freilich naturgemäß noch gestiegen. Das zeigte deutlich der Verlauf der Versammlung des Vereins der Deutschen Kaufleute, über die wir an anderer Stelle berichtet, und derjenigen, die der Verband technisch-industrieller Beamten in Berlin veranstaltet hat. Die Sprache, die da geführt wurde, ist ein Beweis dafür, daß die Angestellten nicht gemißt sind, das auf ihre Grundrechte verübte Attentat so ruhig hinzunehmen. Hoffentlich trägt diese Entschlossenheit dazu bei, den geplanten Vorstoß der bayerischen Schachtmacher abzuwehren.

Daß übrigens die „Genossen“ den Vorgang für sich auszuschalten versuchen, muß Wunder nehmen. Denn unter den aufs Korn genommenen Angestelltenverbänden fehlte der sozialdemokratische Zentralverband gänzlich. Entweder hat er keine Bedeutung, oder aber sein Verhalten ist so „einwandfrei“, daß der Vorstand das schroffe Vorgehen gegen ihn nicht für angebracht hält.

Die Abstimmung über die Einführung des Achtuhr-Ladenschlusses in Groß-Berlin hat am vergangenen Mittwoch begonnen und wird am 30. Juni geschlossen. Also 14 Tage hat man der Geschäftswelt Zeit gegeben, ihre Ansichten über diese Frage den Behörden zu unterbreiten. In Betracht kommen nahezu 45 000 Ladeninhaber, denen seitens des Polizeipräsidenten Aufzählungs-Postkarten zugesandt worden sind mit der Mitteilung, wo sich die betreffende Abstimmungsstelle befindet. Als solche hat man die Polizeirevier-Bureaus gewählt, wo schriftlich oder mündlich die Erklärung für oder gegen den Achtuhr-Ladenschluß abgegeben werden kann, und dadurch das Abstimmungsgeheimnis den Beteiligten so leicht wie möglich gemacht.

Die Einführung des obligatorischen Achtuhr-Ladenschlusses erfolgt, wenn zwei Drittel der Abstimmenden dafür eintreten. Nach ihrer Meinung gefragt werden aber nur die Ladeninhaber. Umso größere Anstrengungen müssen die Handelsangestellten machen, um recht viele Bestirwörter eines früheren Ladenschlusses zur Abgabe ihrer Erklärung zu veranlassen. Die Stimmung ist dem Achtuhr-Ladenschluß im allgemeinen auch bei den Ladeninhabern günstig. Das frühere Vorurteil dagegen ist im Schwinden begriffen. Da heißt es jetzt, die kurze Zeit ausnützen und den Handelsangestellten bei ihrem Streben nach kürzerer Arbeitszeit helfend zur Seite stehen. Unsere Verbandsgenossinnen insbesondere und die Frauen unserer Verbandsgenossen müssen die Geschäftsleute, bei denen sie ihre Einkäufe decken, zu bewegen suchen, für den Achtuhr-Ladenschluß ihre Stimme abzugeben. Wir wollen keinen Zwang ausüben und verwerfen das Mittel des wirtschaftlichen Boykotts. Aber ein gutes Wort findet auch einen guten Ort. Deshalb richten wir an unsere sämtlichen Mitglieder in Berlin und Umgegend das dringende Ersuchen, alles aufzubieten, um die Zweidrittel-Mehrheit für den Achtuhr-Ladenschluß zuzewege zu bringen.

Eine Steigerung der Lebensmittelpreise konnte nach einer regelmäßig um die Mitte des Monats vorgenommenen Erhebung in einer ganzen Anzahl deutscher Großstädte im Mai beobachtet werden. Die Preissteigerung betrifft neben anderen Lebensmitteln besonders das Fleisch, dessen Preis nach einem vorübergehenden Rückgang jetzt allgemein wieder eine steigende Tendenz aufweist. Besonders in Danzig, Berlin, Chemnitz und München konnte dies deutlich beobachtet werden. In Danzig ist Hammelfleisch, in Berlin Schweine- und Hammelfleisch, in Chemnitz und München Schweinefleisch im Preise gestiegen. Die Verteuerung ist in einigen Städten sogar sehr erheblich; in Berlin z. B. ist der Preis für Schweinefleisch seit März um nicht weniger als 30 Pfg. gestiegen, und zwar für die billigste Sorte. Es ging von 1,10 Mark pro Kilo im März, auf 1,20 im April und 1,40 im Mai hinauf. Auch in München dauert der Aufstieg bereits seit einigen Monaten an. Preissteigerungen waren dann im Mai noch bei Kartoffeln und Butter zu beachten. Letztere zog besonders in Süddeutschland stärker im Preise an. Und alles dies zu einer Zeit, da die Arbeiter infolge einer ungünstigen Geschäftslage unter Feierschichten, Betriebsbeschränkungen und Arbeitslosigkeit zu leiden haben! Trotz alledem gibt es noch Leute, die von der Begehr-

lichkeit und Unerfälligkeit der Arbeiter fasseln, wenn sie in guter Geschäftszeit eine Verbesserung ihrer Lohnverhältnisse zu erreichen suchen, um in solchen Teuerungszeiten einen Notgroßen zu haben.

Arbeiterbewegung. Der Streik in der Wolgaster Zementfabrik dauert unverändert fort. — In Darmstadt und Vissa i. P. sind die Ausstände der Schuhmachergesellen beendet; über einige Firmen wurde die Sperre verhängt. — Durch einen kurzen Streik gelang es den Arbeitern in der Kistenfabrik von Gebr. Reinbrock in Löwenheim und Niedersiedlich (Sachsen) einige Verbesserungen zu erzielen. — Die Bewegung der Dachdecker in Würzburg endete mit einem Vergleich, durch welchen den Arbeitern eine Lohnerhöhung bewilligt wurde. — Auf dem Stahlwerk Gilstrow haben sämtliche Metallarbeiter die Arbeit eingestellt. — Der Streik der Glasmacher in Brodowig hat infolgedessen an Ausdehnung gewonnen, als sich auch alle übrigen Arbeiterkategorien den Ausständigen angeschlossen haben. Die Bemühungen der Firma, Arbeitswillige zu finden, sind fruchtlos gewesen, dagegen sind 16 Streikende, die Mitglieder des sozialdemokratischen Glasarbeiterverbandes sind, nach dem Hamburger „Echo“ Streikbrecher geworden.

Nachdem es den Bauarbeitern in Helsingfors mit schwerer Mühe gelungen ist, den Reinstundenlohn zu erringen, machen jetzt die Unternehmer den Versuch, die Arbeitszeit wieder auf 10 Stunden hinaufzudrauben. Die Arbeiter sind entschlossen, sich mit aller Kraft gegen diese Verschlechterung zu wehren.

Ein neues Ausnahmengesetz gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter wird allem Anscheine nach in Preußen geplant. Jedenfalls machen die Agrarier nach dieser Richtung hin recht große Anstrengungen. Ihre Klagen über den Kontraktbruch der Arbeiter mehren sich von Tage zu Tage und ertönen immer lauter. Das preussische Landesökonomie-Kollegium soll sich sogar mit dem Gedanken tragen, die auf diesem Gebiete vorhandenen Uebelstände auch zahlenmäßig zur Darstellung zu bringen, und hat deswegen die preussischen Landwirtschaftskammern zur Beschaffung des einschlägigen Materials aufgefordert.

Alle diese Vorgänge müssen mißtrauisch machen und den Gedanken aufkommen lassen, daß ein Ausnahmengesetz gegen die ländlichen Arbeiter geplant wird. Auch die „Germania“ gibt der Meinung Ausdruck, daß es sich bei den oben geschilderten Maßnahmen offenbar um Vorarbeiten für ein Gesetz zur Bekämpfung des Kontraktbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter handelt. Einstweilen wagen wir noch zu hoffen, daß ein solches Gesetz selbst bei dem unreaktionären neuen preussischen Landtage keine Mehrheit findet. Leider aber geht aus allen diesen Bestrebungen hervor, daß die Agrarier — ob aus Böswilligkeit oder aus mangelndem Verständnis, sei dahingestellt — nicht erkennen, daß das beste Mittel zur Beseitigung der Leutenot auf dem Lande eine ausreichende Entlohnung und anständige Behandlung ist.

Gesinnungsschnüffelei. In der Freitagnummer des „Vorwärts“ findet sich das Ergebnis einer Umfrage, welche die „freie“ Gewerkschaft der Sattler in Dresden unter ihren Mitgliedern hat vornehmen lassen, welche Zeitung sie lesen usw. Das Resultat ist ein geradezu schlagendes und befriedigt auch den „Vorwärts“ keineswegs. Doch darauf kommt es hier nicht an. Wir wollen nur an diesem Beispiel wieder einmal zeigen, welche Gesinnungsschnüffelei und welches Bevormundungssystem in den sogenannten freien Gewerkschaften herrscht. Das hindert natürlich nicht, daß man sich trotzdem als die einzige, auf wirklich freiwilliger Grundlage aufgebaute Arbeiterorganisation aufspielt.

Eine unerhörte Rohheit haben sich einige Metallarbeiterverbändler vor kurzem in Hohlle b. Lüdenscheid zuschulden kommen lassen. Nach einer für die Gewerkschaften erfolgreichen Versammlung, in welcher der Kollege Böller-Hagen gesprochen hatte, blieben unsere Kollegen noch einige Zeit in einem Nebenzimmer zusammen. Da erschien um 1 Uhr nachts plötzlich ein Trupp Verbändler und belästigte die Kollegen in der gemeinsten Weise, so daß sie schließlich das Zimmer verlassen. Im Wirtschaftslokal wurde die Debatte fortgesetzt. Dabei wurde unser Kollege Weß von einem Verbändler meuchlings von hinten durch drei Messerstiche schwer verletzt, so daß er befinnungslos zum Arzt getragen werden mußte. Auch einige andere Kollegen wurden von den in der Uebermacht befindlichen Verbändlern mißhandelt.

Fürwahr ein trübes Bild! Solange derartige Vorgänge in der Arbeiterbewegung möglich sind, haben die Unternehmer leichtes Spiel mit den Arbeitern. Gleichzeitig aber wirkt der Fall ein bezeichnendes Licht auf die stiltliche Höhe dieser Verbändler, die allein Aufklärung und Bildung in Erbpacht genommen zu haben meinen.

Weibliche Gewerbegerichtsbeisitzer gibt es in Italien nach einem Berichte des dortigen Arbeitsamtes 43 bei einer Gesamtzahl von 2708 Beisitzern überhaupt. Die Zahl der weiblichen Beisitzer ist also gering; immerhin ist aber auch den Arbeiterinnen Gelegenheit gegeben, in denjenigen Industriezweigen, wo sie einen starken Bruchteil der Arbeitskräfte stellen, an der Rechtsprechung bei gewerblichen Streitigkeiten mitzuwirken. So entfallen in der Textilindustrie auf 6 Kemter 27 Beisitzerinnen, in der Seidenindustrie auf 4 Kemter 14 Beisitzerinnen und in der Bekleidungsindustrie auf 1 Amt 2 Beisitzerinnen. Bemerkenswert ist, daß in zwei Kemtern der Textilindustrie alle Arbeitnehmer durch weibliche Beisitzer vertreten sind, obwohl in dem einen (Cremona) 1731 Arbeiterinnen 409 Arbeiter als Wähler gegenüberstehen und in dem anderen (Verona) neben 393 Arbeiterinnen 290 Arbeiter tätig sind. Wann wird die Zeit kommen, daß bei uns, die wir bekanntlich an der Spitze der Sozialreform marschieren, den Arbeiterinnen das Wahlrecht für das Gewerbegericht eingeräumt wird?

In einem eigenartigen Konflikt ist es zwischen der Regierung und der Volksvertretung in Schweden gekommen. Die schwedische Regierung hatte im Jahre 1906 die Berner Internationale Konvention über das Verbot der Nachtarbeit für die in der Industrie beschäftigten Frauen unterzeichnet und daraufhin die Zustimmung des Parlaments erbitten. Die Mehrheit des Gesetzgebungsausschusses des Reichstags lehnte jedoch den Regierungsvorschlag ab, weil die gewerbliche Frauenarbeit in Schweden bei weitem nicht so stark verbreitet sei wie in den großen Ländern, die sich der Konvention angeschlossen haben. Auch ein Mitglied des Ausschusses, das der Sozialdemokratie sehr nahe steht, der Stockholmer Bürgermeister Lindhagen, hat sich gegen das Verbot entschieden, weil die Mehrheit der schwedischen sozialdemokratischen Frauenkonferenz von 1907 auch dagegen war, und zwar in der Hauptsache deswegen, weil in dem Verbot der Frauenarbeit ein Verstoß gegen die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts erblickt wurde. Die erste Kammer lehnte dann auch das Verbot der Frauen-Nachtarbeit ohne Abstimmung ab. In der zweiten Kammer wurde der Regierungsentwurf mit 114 gegen 73 Stimmen und ein Antrag Lindhagens, der Untersuchungen über die gewerbliche Nachtarbeit und ihre schädigenden Wirkungen verlangte, mit 106 gegen 79 Stimmen abgelehnt.

Da natürlich die Angelegenheit hiermit nicht erledigt sein kann, darf man gespannt sein, wie dieser seltsame Konflikt gelöst wird.

Die Fortbildungsschule des Berliner Handwerker-Vereins eröffnet am Mittwoch, den 1. Juli, neue Kurse in elementaren, technischen und kaufmännisch-gewerblichen Unterrichtsgegenständen. Die Organisation der Schule in aufsteigenden Klassen, sowie die verhältnismäßig niedrige Frequenz der einzelnen Kurse ermöglichen es, die Lernenden ihren Vorkenntnissen entsprechend einzuordnen und den Unterricht individuell zu gestalten. Dem weiblichen Geschlecht ist die Teilnahme an allen Kursen gestattet. Für Tischler, Maschinenbauer und Schlosser, Tapezierer, Maler, Maurer und verwandte Berufsarten sind Fachkurse vorhanden. Neben die zeichnerische Darstellung der kunstgewerblichen Gegenstände tritt hier die wissenschaftliche Belehrung hinzu; auch werden praktische Berechnungen angeschlossen. In den übrigen Zeichenkursen wird Unterricht im Birkel- und Projektionszeichnen, im Freihandzeichnen nach Pflanzen, Tieren, Ornamenten, ferner im Malen nach dem lebenden Modell erteilt.

Als Ergänzung hierzu werden Ausflüge in die Umgegend Berlins unternommen zwecks Ausführung von Naturstudien im Freien. Die Unterrichtszeit ist in Rücksicht auf die berufliche Tätigkeit der meisten Schüler und Schülerinnen in die Abendstunden von 8¹/₂ bis 10 und Sonntags von 8 bis 12 Uhr gelegt. Unterrichtspläne sind unentgeltlich zu haben beim Hausverwalter Sophienstr. 18, Hof pt. Anmeldungen werden schon jetzt entgegengenommen Montags, Mittwochs und Sonnabends in der Geschäftsstelle des Vereins.

Gewerbvereins-Teil.

§ Berlin. Am letzten Montag fand hier eine vom Verein der Deutschen Kaufleute einberufene, stark besuchte Versammlung statt zu dem Zweck, den Antrag der bayerischen Metallindustriellen auf die Koalitionsfreiheit der kaufmännischen und technischen Angestellten zurückzuweisen. Kollege Paul Tröger legte in seinen Ausführungen dar, daß die Zeiten, wo der Angestellte noch als Mitarbeiter angesehen wurde, schon längst vorbei wären. Jetzt würde nur noch gewährt, was unbedingt gewährt werden mußte,

und zugestanden, was erst erkämpft würde. In Augsburg wäre es auch schon zu Maßregelungen gekommen, doch hätten die übrigen Techniker sich erzieherischerweise solidarisch erklärt. Sollte an die Handlungsgehilfen dieselbe Zustimmung gestellt werden, so würden sie zu denselben Abwehrmitteln greifen. Daß die Handlungsgehilfen dann einen derartigen Kampf ebenso gut wie die gewerblichen Arbeiter führen könnten, würde schon die Zukunft lehren. Wenn man nicht wollte, daß die Kollegen einzeln zu Fall gebracht würden, müßte man jetzt fest zusammenstehen, organisierte und unorganisierte. Des weiteren müßte schon jetzt ein „Kriegsfonds“ geschaffen werden. Zum Schluß wurde noch darauf hingewiesen, daß die Gemäßigten in erster Linie eine Unterstützung erhalten würden. Nach längerer Diskussion gelangte schließlich folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

„Die vom Verein der Deutschen Kaufleute, unabhängige Organisation für Handlungsgehilfen und Gehilfen, einberufene öffentliche Versammlung erhebt mit aller Entschiedenheit Protest gegen den Versuch des Verbandes bayrischer Metallindustrieller, durch Aussperrung technischer und kaufmännischer Angestellten das freie Koalitionsrecht zu defektieren. Die Angestellten verlangen für sich ebenso das uneingeschränkte Recht, zur Erreichung besserer Arbeitsbedingungen sich in Berufsvereinen zusammenzuschließen, wie unsere Großindustriellen für sich das Recht des Zusammenschlusses in Interessenverbänden in Anspruch nehmen. Die Versammlung dankt allen denen, die das Vorgehen der Metallindustriellen scharf verurteilen, vor allen Dingen der Presse für ihre tatkräftige Unterstützung der Angestellten. Die Versammlung erwartet von jedem kaufmännischen und technischen Angestellten, daß er die Zumutung seiner Prinzipalität, aus seinem Berufsverein auszugleichen, mit Entschiedenheit zurückweist. Die Versammlung appelliert auch an das Ständebewußtsein aller unorganisierten technischen und kaufmännischen Angestellten und erwartet von diesen, daß sie durch Eintritt in die Berufsvereine dazu beitragen, dem Vorgehen des Verbandes bayrischer Metallindustriellen eine energische Abwehr zu bereiten. Die Versammlung erklärt, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln an der Aufklärungsarbeit teilnehmen werden, und erwarten von allen Bevölkerungsschichten eine Unterstützung in diesem aufgezwungenen, gänzlich unberechtigten und vom Zaune gebrochenen Kampfe. Die Versammlung erklärt es für die Pflicht aller kaufmännischen und technischen Angestellten, durch außerordentliche und freiwillige Beiträge für weitestgehende Unterstützung ausgesperrter oder gemäßigter Angestellten zu sorgen.“

§ Vera, N. J. 2. Der Ortsverband besuchte am 31. Mai den Ortsverein Weiden, welcher ihm angegliedert ist, zu seiner außerordentlichen Versammlung. Die Kollegen Wagner und Schneider vom Ortsverband Vera erläuterten die Massenverhältnisse und hoben hervor, welche Ziele und Zwecke der Verband verfolgt. Hierauf erhielt Kollege Harz aus Jena das Wort zu seinem Vortrag über: „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“. In sachlicher und verständlicher Weise gab der Referent ein Bild über die verschiedenen Anschauungen der einzelnen Organisationen, streifte den Zusammenschluß der Fabrikanten, Zuarbeiter, Invalidentät und Alterslosen, Vergleiche zwischen Arbeiter und Beamten, sowie das Wasser System in einständiger Rede, bedauerte zum Schluß noch, daß den Versammlungen so wenig Interesse entgegengebracht würde und verwies auf die Broschüre des Kollegen Verbandsvorsitzenden Karl Goldschmidt-Berlin, die jeder Gewerbetreibende unbedingt lesen müsse. Bei der darauffolgenden Diskussion wurden sämtliche Punkte nochmals besprochen. Die Kollegen Berg und Schneider kamen auch auf die Presse zu sprechen; es sollte alles gebracht werden, was die Gewerbetreibende erzielen, damit die breite Öffentlichkeit erfährt, was die

Deutschen Gewerkevereine erleiden. Mit dem Wunsch auf baldiges Wiedersehen reisten die auswärtigen Kollegen der Heimat wieder zu.
Walter Schmidt, Ortsverbands-Sekretär.

Verbands-Teil.

* Brandenburgisch-Niederhessischer Ausbreitungsverband.

Protokoll der außerordentlichen Sitzung vom 10. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von A. Jähndgen, Spremberg. Anwesend ist der gesamte Vorstand außer dem Kollegen Neugebauer, welcher durch Krankheit verhindert ist. Die Korrespondenz wurde verlesen und dadurch erledigt, daß den Wünschen der einzelnen Vereine entsprochen werden soll, so auch dem Ortsverein der Maschinenbauer-Drehtau, welcher einen Redner zu einer öffentlichen Versammlung verlangt. Es wurde damit Kollege Matthiaschl beauftragt. Weiter wurde beschlossen, den diesjährigen Delegiertentag am 28. August, vormittags 11 Uhr, im Schützenhause zu Drehtau abzuhalten. Die Vereine werden ersucht, die Anträge spätestens bis zum 28. Juli an den Schriftführer einreichen zu wollen. Die Kollegen, welche als Delegierte gewählt werden, mögen sich bis zu demselben Tage anmelden. Die Vertreter der schlesischen Ortsvereine, welche nach Drehtau fahren, bitten wir, den Zug, der um 7⁰⁰ Uhr von Görlitz abgeht und um 9¹⁵ Uhr in Spremberg eintrifft, zu benutzen, um von hier aus gemeinschaftlich per Wagen nach Drehtau - früheste Abfahrt 9 1/2 Uhr - fahren zu können. Gleichzeitig werden die Vereine um recht zahlreiche Beteiligung ersucht.
P. Matthiaschl, Schriftführer.

Versammlungen.

Berlin. Diskutterklub der Deutschen Gewerbetreibenden (G.-D.). Verbandslokal des Deutschen Gewerbetreibenden, N.O., Greifswalderstraße 221/223. Sitzung jeden Mittwoch, abends 8 1/2-10 1/2 Uhr. Vortrag des Kollegen Lewin über: „Das neue Vereinsrecht“. Gäste willkommen. — **Gewerbetreibenden-Vereins-Tafel (G.-D.).** Jeden Donnerstag, abends 8-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandslokal der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. — **Sonnabend, 20. Juni. Fabrik- und Handarbeiter III.** Abends 8 1/2 Uhr, Altmärkischer Hof, Embdenstraße 51. T.-D.: „Die bevorstehende Generalversammlung“. Referent Kollege Schoeps. Diskussion. Vereinsangelegenheiten. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter III.** Abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Rabau, Waldstraße 58. — **Wildhauer.** Montag, 22. Juni, abends 9 Uhr, bei Preuß. Dresdenerstr. 10. — **Maschinenbau- und Metallarbeiter VII.** Mittwoch, 24. Juni, abends 8 Uhr, bei Funke, Kriftstr. 68. Bericht vom Delegiertentag. Am 27. Juni, abends 8-10 Uhr, Zahlabend bei Funke.

Lübeck. Barbier u. Friseur. Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. im Monat Versammlung im Vereinslokal „Zum weißen Roß“, Mariesgrube 15.

Orts- und Medizinalverbände.

Herne (Ortsverband). Jeden 1. und 8. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Schulte-Mattler, Diskutterklub. — **Wachen (Diskutterklub).** Jeden 2. und 4. Sonnabend im Monat, abends 8 1/2 Uhr, Diskutterabend bei Leugter, Ecke Hansemannplatz und Jülicherstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, ab. 8 1/2 Uhr präz., im Hüttmanns Hotel, Wollstraße. Diskutterklub. — **Spandau (Diskutterklub der Deutschen Gewerbetreibenden, G.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr,

im Vereinslokal zur Balme, Ritterstraße, Sitzung. Gäste willkommen. — **Sieffenskirchen (Sängerchor der Deutschen Gewerbetreibenden).** Jeden Sonntag, abds. 9 Uhr, Probe, im Verbandslokal Pieper (früher Uerich), Schaller- und Hlostraßen-Ecke. Gäste herzlich willkommen. — **Dresden (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden regelmäßig jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderbräu, Weberstraße 28, statt. Gäste willkommen. — **Brandenburg a. N. (Diskutterklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, ab. 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. U. (Diskutterklub).** Jeden Donnerstag, abends 8 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstraßen-Ecke. — **Nachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Nachen, Restaurant „Zur Post“, Jülicherstraße 72. — **Köln (Diskutterklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr, im Restaurant „Water Kolping“, Eistergasse. — **Cottbus (Diskutterklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Abel, Vertreterstr. 120. — **Hamburg (Diskutterklub)** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Raetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Diskutterklub bei Papfenkamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. — **Nowawes (Ortsverband).** Mittwoch, 24. Juni, abends 8 1/2 Uhr, kombinierte Vorstandssitzung bei Angermann. Mittwoch, 1. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Ortsverbandsversammlung bei Angermann.

Literatur.

Eingegangene Bücher und Broschüren. Genauere Besprechung einzelner Werke bleibt vorbehalten. Rücksendung erfolgt nicht.

Theorie und Praxis des Generalstreiks in der modernen Arbeiterbewegung. Von Dr. Elisabeth Georgi. Verlag von Gustav Fischer in Jena. Preis 3,50 Ml.

Jahres- und Rechenschaftsbericht des Gutenberg-Bundes für das Jahr 1907. Selbstverlag des Gutenberg-Bundes in Berlin.

Kurze Beschreibung der Heimarbeit im Rhein-Mainischen Wirtschaftsgebiete. Herausgegeben im Auftrage des wissenschaftlichen Ausschusses der Heimarbeit. Ausstellung von Prof. Dr. Paul Arndt.

Das Streitverfahren in den Arbeitervereinigungen. Vorschläge zur Vereinfachung. Von Ernst Funke in Groß-Lichterfelde. Verlag von Dr. Eduard Schnapper in Frankfurt a. M. Preis 50 Pfg.

Die Rechtspraxis der Krankenversicherung. Band I. Entschieden aus den Jahren 1905/07, bearbeitet von Dr. jur. Rebeke. Verlag von Dr. Eduard Schnapper in Frankfurt a. M. Preis 2 Ml.

Sozialdemokratie und Sozialpolitik. Auf Grund der Parlamentsakten und Parteitagprotokolle geschildert von M. Erzberger, M. d. R. Volkswirtschafts-Verlag in M.-Glabbach. Preis 35 Pfg.

Wege und Ziele der Drogenoffizianten. Nach einem Vortrag von Dr. Fr. Schomerus. Verlag von Gustav Fischer in Jena.

Der Arbeitsvertrag nach dem Privatrecht des Deutschen Reiches. Von Philipp Lotmar. Zweiter Band. Verlag von Duncker & Humblot in Leipzig.

Das Betrugswesen. Von Tony Kellen. Verlag der Hof. R. J. J. Buchhandlung in Rempten und Münden. Preis geb. 1 Ml.

Die Gewöhnung von Unfallfolgen als Besserung im Sinne des § 88 des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes. Herausgegeben vom Vorstand der Sektion I der Nordwestdeutschen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft in Hannover.

Anzeigen-Teil.

☛ Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen. ☛

Verband der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Dunder).

In unserem Verlage ist in dritter Auflage erschienen:

Weltanschauung
und
Arbeiterbewegung.

Ein Wort der Aufklärung an die deutschen Arbeiter und alle wahren Volkfreunde

von
Karl Goldschmidt,
Vorsitzender des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Die Schrift faßt die im „Gewerbetreibenden“ erschienenen Artikel zusammen. Jeder Gewerbetreibende sollte das Büchlein jederzeit zur Hand haben. Für Mitglieder beträgt der Einzelpreis pro Stück 10 Pfg., 10 Exemplare kosten 80 Pfg., 50 Exemplare 3,50 Ml., 100 Exemplare 6 Ml., 200 Exemplare 10 Ml., 500 Exemplare 23,50 Ml., 1000 Exemplare 45 Ml. Der Betrag ist bei der Bestellung einzuflechten an unseren Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstraße 221/223. Bei Nichtempfang des Betrages wird derselbe durch Nachnahme erhoben. Die Sendung erfolgt porto- bezw. frachtfrei.

Wo gehen wir hin?
Nach Wendenschloß!

Wendenschloß ist und bleibt der schönste Garten am Langensee.

Herrlich am Wasser gelegen, mit vollständig neu erbautem Restaurationsgebäude bietet das Wendenschloß mit seinem idyllischen Garten für 5000 Personen einen entzückenden Aufenthalt. 2 vorzügliche, große Tanzsäle, sowie Pavillon, Glashalle und Halle, Kaffeehaus, Regelbahn, Ausspannung, Bootverleihung und Belustigung für Groß und Klein. Herrliche Spielplätze im Walde. Vorzügliche Küche mit solten Preisen. 2 Dampferbrücken stehen den werten Vereinen, Klubs, Gesellschaften, Fabriken und Schulan zur Verfügung.

Jeden Tag fährt ein Kaffeedampfer nach Wendenschloß und zurück. Abfahrt 2 1/2 Uhr von Café „Alten“, Schleifische Brücke.

Um recht zahlreichen Besuch bittet ergebenst

E. Friedrich.

Sprechsprecher: Amt Göpenick 67.

Nabeberg (Ortsverband). Durchreisende erhalten Ortsverbandsgeheim bei Ds. Kar. Göhnaat Birnauer Straße 28a, II.

Magdeburg. Bauhandwerker 75 Pfg. bei E. Schröder, Luisenstr. 14.

Dauzig (Ortsverband). Durchreisende Gewerbetreibenden erhalten beim Genossen Rammere, Fischmarkt 10, Verpflegungskarten.

Zum 70. Geburtstag
rufen wir unserem langjährigen Vorsitzenden,
Josef Hartmann,
die herzlichsten Glückwünsche entgegen. Möge er dem Verein und unserer guten Sache noch recht lange erhalten bleiben!

Ortsverein der Fabrik- u. Handarbeiter, Berlin III.

Hannu (Ortsverband). Der Arbeitsnachweis befindet sich beim Kassierer, Kollegen Paul Koffig, Ullandstr. 9. Durchreisende Mitglieder erhalten 1 Mark Reisegeld, zugereiste, arbeitende Mitglieder erhalten eine Karte für Abendessen, Nachtlohn und Frühstück.

Stettin (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Logierkarten im Werte von 1,20 Ml. beim Kollegen Emil Schmidt, Stettin, Bollwerk 22 im Laden. Die Verbandsherberge befindet sich Göttschkestraße 49 (Zägers Gastwirtschaft).